



Protokoll der 33. Sitzung des Einwohnerrates

vom 16. März 2016, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Odermatt Dominic, Ott Anna und Wunderlin Verena

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

- Die Interpellation Nr. 2016/228 „Umfahrungsstrasse A22“ wird auf Wunsch der Interpellantin von der Traktandenliste abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung neu traktandiert.*
- | | | |
|----|---|------------------------------------|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 27. Januar 2016
://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt. | - |
| 2. | Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission; 1. Lesung
<i>Beratung in 1. Lesung.</i> | 2015/212
2015/212a |
| 3. | Quartierplanvorschriften Oristalstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission; 1. Lesung
<i>Beratung in 1. Lesung.</i> | 2015/221
2015/221a |
| 4. | Quartierplanung Rebgarten - Zweiter Bericht und Antrag Stadtrat betreffend Kredit von maximal CHF 900'000.-- für Kostenbeteiligung an öffentlichen Parkplätze
://: Antragsgemäss genehmigt der Rat mit 26 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einen Strukturbeitrag von CHF 15'000.-- pro zusätzlichen öffentlichen Parkplatz bzw. max. CHF 900'000.-- an die Bauherrschaft des QP Rebgarten. | 2015/222
2015/222a
2015/222b |
| 5. | Ferienbetreuung - Interpellation zur Ferienbetreuung von Walter Leimgruber und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/218 |
| 6. | Integrationsförderung - Bericht Stadtrat zum Postulat betreffend zum Postulat von Anna Ott und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion
://: Der stadtträtliche Bericht zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben. | 2014/159
2014/159a |
| 7. | Schliessung A22 - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Definitive Schliessung der A22 im Bereich Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion durch den Stadtrat
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/224
2015/224a |

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 8. | Zentrum Nord - Postulat von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Anbindung „Liestal Zentrum Nord“ ans Stedtli
<i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2015/225 |
| 9. | Plastikabfälle - Bericht Stadtrat zum Postulat „Plastikabfälle wieder verwenden?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion
<i>://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2015/197
2015/197a |
| 10. | Wahlbüroöffnungszeiten - Postulat „Anpassung der Öffnungszeiten des Wahlbüros“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Diego Stoll der SP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/227 |
| 11. | Streetworkout-Anlage - Postulat „Streetworkout-Anlage auch in Liestal?“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/229 |
| 12. | Petition „Bahnhofumbau: Hindernisfreier und sicherer Zugang zum Bahnhof und Durchgang zum Stadtzentrum aus dem Oristal, dem Tiergarten-/Sichternquartier und dem Wiedenhub“ der SP Liestal“
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/233 |

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur März-Sitzung des Einwohnerrates. Man hatte soeben Probleme mit den Tonaufnahmen und dankt für das Verständnis betreffend dem etwas späteren Sitzungsbeginn.

Die Wahlen sind vorbei und sie gratuliert allen neu und wieder gewählten Stadtrats- und Einwohnerratsmitgliedern zur Wahl für die Amtsperiode 2016 - 2020.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert über einige Punkte sowie Neuigkeiten aus der letzten Bürositzung:

- Am 25. Mai 2016, 16.00 Uhr, findet im Stadtsaal eine Informationsveranstaltung betreffend dem Quartierplan Bahnhof Corso statt. Die Ratsmitglieder möchten sich diesen Anlass vorgängig der Ratssitzung bitte vormerken.
- Der Amtsbericht 2015 (Vorlage Nr. 2016/232) ist vom Büro der GPK zur Vorberatung überwiesen worden. Dieses Geschäft wird auf die Mai-Sitzung traktandiert.
- Das Einladungsschreiben für den diesjährigen Einwohnerratsausflug vom 20. Mai 2016 zum Coop-Leuchtturmprojekt in der Salina Raurica ist den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden. Die Ratsmitglieder möchten sich bitte bis am 27. April 2016 beim Organisatoren Beat Gränicher anmelden.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Einladung zu Einwohnerratsausflug vom 20. Mai 2016
- Protokoll der Ratssitzung vom 27.01.2016
- Vorlage Nr. 2015/222b „QP Rebgarten - Zweiter Bericht/Antrag Stadtrat“
- Neuer Vorstoss Nr. 2016/234

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Neue Möglichkeiten zur Abfallbeseitigung und -vermeidung“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/230)
- Interpellation „Parkplätze Brodtbeckareal“ von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/231)
- Interpellation „Durchgangsverkehr Büchelistrasse“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion (Nr. 2016/234)

Die beiden Vorstösse Nr. 2016/230 und Nr. 2016/231 sind den Ratsmitgliedern bereits mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugestellt worden. Der Vorstoss Nr. 2016/234 wurde heute als Tischpapier verteilt.

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Werner Fischer (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Patrick Mägli (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) informiert als GPK-Präsident darüber, dass der Amtsbericht 2015 nicht auf die Mai-Sitzung, sondern auf die Juni-Sitzung traktandiert werden kann. Dies entspricht auch dem Wunsch der meisten Ratsmitglieder, da an dieser Sitzung auch die Rechnung 2015 behandelt wird.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass sich Anna Ott (GL) für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste und deshalb beantragt wird, dass der Vorstoss bzw. die Interpellation „Umfahrungsstrasse A22“ (Nr. 2016/228) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung neu traktandiert wird. Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

://: Die Interpellation „Umfahrungsstrasse A22“ (Nr. 2016/228) wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt und die übrigen Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 02. März 2016 behandelt.

343 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Sitzung vom 27. Januar 2016

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 27. Januar 2016 eingegangen sind.

Sie kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Protokoll der Ratssitzung vom 27. Januar 2016 genehmigt.

344 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission, 1. Lesung (Nr. 2015/212)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gemäss § 78 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat ist die Vorlage zweifach zu beraten. Das heisst, dass über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK erst an der nächsten Sitzung vom 27. April 2016 abgestimmt wird.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Präsident den Bericht der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2015/212a vor: Bei der Wohnüberbauung werden rund 65 Wohnungen realisiert. Die Art der Bebauung hatte die BPK sehr angesprochen und diese wird ein Gewinn für Liestal in städtebaulicher Hinsicht. Das Projekt liegt an einer Erschliessungsstrasse und so musste dem Verkehr die gebührende Beachtung geschenkt werden, sind doch wegen dem grösseren Verkehrsaufkommen auch Direktbetroffene und Anwohner besorgt. Wegen dem QP-Verfahren und der verdichteteren Bauweise können rund 14 Wohnungen mehr als bei einer Regelbauweise realisiert werden. Die BPK empfiehlt deshalb, dass vor und nach der Projektrealisierung von der Stadt Verkehrszählungen vorgenommen bzw. veranlasst werden, damit vom Investor gegebenenfalls noch Massnahmen getroffen werden können, wie sie im Kommissionsbericht erwähnt sind. Auch ausserhalb des QP-Perimeters muss von der Stadt die weitere Entwicklung beobachtet und gegebenenfalls Massnahmen ergriffen werden. Unter Berücksichtigung der BPK-Empfehlungen unterstützt die Kommission auch die stadträtlichen Anträge.

Fabian Eisenring (SP) sagt, die SP-Fraktion bedanke sich für den BPK-Bericht und begrüsse ebenfalls das Projekt mit einer qualitativ hochwertigen Überbauung mit 65 Wohnungen. Ferner wird es begrüsst, dass die Anliegen und Bedenken der Anwohnerschaft betreffend dem Verkehr ernst genommen werden. Seine Fraktion wird die Anträge des Stadtrates bzw. der BPK unterstützen.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, auch seine Fraktion findet, dass es sich um ein sinnvolles Projekt handelt, bei welchem eine verdichteter Bauweise, die massvolle Integration ins Landschaftsbild, ein grosser öffentlicher Begegnungsraum mit Fussweg, die Verwendung erneuerbarer Energien usw. umgesetzt werden. Die Bedenken betreffend dem zu erwartenden Mehrverkehr könnten bei einer Umsetzung der Ortsbus-Initiative entschärft werden. Die Grüne Fraktion wird den QP-Vorschriften gemäss Anträgen des Stadtrates und der BPK ebenfalls zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, auch die Mittefraktion findet es ein gutes und sinnvolles Projekt. Aufgefallen ist natürlich die Hanglage der Überbauung, welche zudem am Rand von Liestal mit einer verdichteteren Bauweise realisiert werden soll. Dies bringt natürlich schon Mehrverkehr mit sich und bei der vorgeschlagenen Verkehrszählung sollte deshalb nicht nur die Sichterstrasse, sondern auch die Tiergartenstrasse berücksichtigt werden. Die Lösung dürfte auch nicht der Einsatz von Kleinbussen sein, denn die Schüler des dortigen Gymnasiums dürften wohl schon bald gar einen grösseren Gelenkbus nötig machen. Auch ihre Fraktion unterstützt die QP-Vorschriften Tiergartenstrasse.

Markus Rudin (SVP) führt aus, dass mit den 65 Wohnungen doch auch Steuermehreinnahmen zu erwarten sind. Mit der Realisierung einer grossen Einstellhalle dürfte auch der Suchverkehr nach freien Parkplätzen wegfallen, wie man es in anderen Quartieren kennt. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) sagt, auch seine Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Er bezeichnet sich selbst als kritischen Zustimmer, weil man nur Einfluss betreffend den Belangen innerhalb des QP-Perimeters nehmen kann. Beim vorliegenden Quartierplan ist aber die Erschliessung über schmale und steile Strassen ein Riesenthema. Ob das Verkehrsproblem beispielsweise mit kleinen oder gar grossen Bussen gelöst werden kann, bezweifelt er doch. Die Anwohnerreinsprachen wurden von der BPK ernst genommen und mit der Projektrealisierung muss man die Erschliessung und Verkehrssicherheit in- und auch ausserhalb des QP-Perimeters im Auge behalten sowie gegebenenfalls Massnahmen prüfen und veranlassen. Die empfohlenen Verkehrszählungen machen aber beispielsweise nur bei einer Vollbesetzung der neuen Liegenschaften Sinn. Die Einstellhalle mit 100 unterirdischen Parkplätzen ist ästhetisch und sinnvoll.

Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) begrüsst den Bevölkerungszuwachs mit zusätzlichen Gebühren- und Steuereinnahmen ebenfalls, doch müssen mögliche weitere Folgen von Sprungkosten wie beispielsweise die Anpassung von Erschliessungsstrassen im Auge behalten werden. So dürften im einen oder anderen Fall die zusätzlichen Steuergelder solche Sprungkosten gar nicht decken.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die gute Aufnahme im Rat. Aktuell läuft auch die Vernehmlassung betreffend dem kantonalen Richtplan und in Liestal sind trotz grösserem prognostizierten Bevölkerungszuwachs immer noch genügend Baulandreserven vorhanden, weshalb eine Baugebietserweiterung mittelfristig auch kein Thema sein wird. Dies ist wohl insbesondere darum möglich, weil man bestehende Parzellen optimal ausnützt und eine verdichtete Bauweise unterstützt. Die Realisierung von zusätzlichen 14 Wohnungen im QP-Verfahren gegenüber der Regelbauweise ist auch architektonisch gut gelöst worden, doch wird die Skepsis von einigen Quartierbewohnern ebenfalls verstanden. Auf jeden Fall muss die Erschliessung und Verkehrsproblematik im betreffenden Gebiet im Auge behalten werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Sitzung vom 27. April 2016 nochmals beraten und dann über die Anträge abgestimmt.

345 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplanung Oristalstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung (Nr. 2015/221)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Auch dieses Geschäft ist gemäss § 78 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat zweifach zu beraten. Das heisst, dass über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK erst an der nächsten Sitzung vom 27. April 2016 abgestimmt wird.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Präsident den Bericht der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2015/221a vor: Beim Quartierplan geht es primär um vier neue Gebäude mit 29 Wohnungen, die übrigen bestehenden Blöcke sollen lediglich saniert werden. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 57 Mio. Franken. Die Investoren haben zugesichert, dass der Volg-Laden bestehen bleibt, hat dieser für das Quartier doch eine grosse Bedeutung. Auch sind die Investoren um eine Sozialverträglichkeit bemüht, wenn es um die Mieterschaft von denjenigen Gebäuden geht, welche saniert werden müssen. Die BPK stimmt den stadträtlichen Anträgen einstimmig zu.

Markus Rudin (SVP) dankt für den Kommissionsbericht der BPK. Die Schaffung von 29 zusätzlichen Wohnungen sowie der Erhalt des Volg-Ladens werden auch von der SVP-Fraktion begrüsst. Die Verbindung zum Bahnhof sowie die Nähe zu den Kindergärten und Schulen sind für die Quartierbewohner ideal. Bei der Aus- und Einfahrt in die Einstellhalle ist zu berücksichtigen, dass dort auch eine Veloroute verläuft. Das mit den von den Sanierungsmassnahmen betroffenen Mietern eine sozialverträgliche Lösung gefunden werden konnte, ist wichtig und erfreulich. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Pascal Porchet (FPD) informiert, auch seine Fraktion unterstützt die stadträtlichen Anträge. Während der BPK-Beratung ist erwähnt worden, dass im Quartier viele Parkplätze zur Verfügung stehen, die nicht genutzt werden und so könnten die Investoren den Antrag stellen, dass man den Parkplatzbedarf reduzieren würde. Ein diesbezügliches Gesuch sollte nicht unterstützt werden, wären die dortigen Parkflächen doch beispielsweise ideal für eine Nutzung des Mobility-Angebotes in Bahnhofsnähe.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass seine Fraktion erfreut vom neuen Fussweg vom Nuglarweg durchs Quartier zum Sonnhaldenweg und Sichtenquartier Kenntnis genommen habe. Das Blockheizkraftwerk deckt den Wärmebedarf der Energiespargebäude und gemäss Prioritätenliste im QP-Reglement werden auch erneuerbare Energien wie Solarkollektoren usw. verlangt. Auch seine Fraktion legt Wert darauf, dass die Einstellhallen-Ausfahrt so gestaltet wird, dass der Verkehr auf der kantonalen Radroute nicht gefährdet wird. Erstmals liegt ein QP vor, wo bestehende Mietwohnungen abgerissen werden und so nimmt man positiv zur Kenntnis, dass den bisherigen Mietern Ersatzräumlichkeiten angeboten werden können. Die Grüne Fraktion bejaht einstimmig den QP Tiergarten.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, bei der vorliegenden Planung handelt es sich um ein gutes Beispiel, wie man verdichteter bauen kann. Der gute Umgang mit den Mietern ist immer wieder erwähnt worden, doch ist mehreren Mitgliedern ihrer Fraktion zu Ohren gekommen, dass nicht alles so schön und einfach ist, wie es geschrieben und erwähnt wurde. In erster Linie ist dies aber nicht das Problem des Einwohnerrates, doch muss sich der Rat schon bewusst sein, dass diese Quartierplanung nicht nur positive, sondern auch negative Seiten hat. Die Mittefraktion wird die stadträtlichen Anträge unterstützen.

Fabian Eisenring (SP) stellt fest, dass er bereits gemachte Aussagen nicht wiederholen möchte. Wichtig ist seiner Fraktion schon auch, dass in Liestal erschwinglicher Wohnraum angeboten werden kann. Dem QP Oristal wird seine Fraktion ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass beim vorliegenden Projekt trotz Hanglage, einer verdichteteren Bauweise usw. schlussendlich eine Überbauung mit guter Wohnqualität resultiert. Die vom FDP-Fraktionssprecher gemachten Aussagen betreffend den Parkplätzen könnten einmal in der BPK diskutiert werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Sitzung vom 27. April 2016 nochmals beraten und dann über die Anträge abgestimmt.

346 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplanung Rebgarten - Zweiter Bericht und Antrag Stadtrat betreffend Kredit von maximal CHF 900'000.-- für Kostenbeteiligung an öffentliche Parkplätze (Nr. 2015/222)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an Bau- und Planungskommission (BPK) und/oder an die Finanzkommission (FIKO) vor, wozu sich nun die Fraktionssprecher äussern möchten. Auch eine Direktberatung ist möglich. Die Fraktionssprecher möchten sich deshalb zuallererst nur zur Überweisung der Vorlage äussern.

Diego Stoll (SP) orientiert, seine Fraktion bevorzuge eine Direktberatung der Vorlage, denn eine nochmalige Beratung in der BPK bringt ja wohl nichts Neues zutage.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass es wohl schon so ist, dass eine nochmalige Beratung des Geschäfts durch die BPK wenig Sinn macht. Hingegen könnte die FIKO durchaus noch etwas dazu beitragen, indem sie beispielsweise die Geldmittelherkunft noch klärt, da ja im Parkplatzfonds nicht mehr genügend finanzielle Mittel für die finanzielle Kostenbeteiligung durch die Stadt zur Verfügung stehen.

Thomas Eugster (FDP) spricht sich für eine Direktberatung der Vorlage aus, denn das Geschäft ist bereits schon mehrere Male in der BPK und auch im Rat besprochen worden. Die Mittelherkunft für die Kostenbeteiligung an den öffentlichen Parkplätzen durch die Stadt kann vom Stadtrat sicher gleich beantwortet werden. Eine weitere Vorberatung in einer Kommission bringt keinen Mehrwert mit sich.

Lisette Kaufmann (GL) äussert, auch ihre Fraktion möchte die Vorlage direkt beraten, denn eine Überweisung an eine Kommission dürfte nichts bringen.

Markus Rudin (SVP) legt dar, dass auch die SVP-Fraktion eine Direktberatung der Vorlage unterstütze, denn alle wesentlichen Punkte dieses Geschäfts sind schon genügend beraten und diskutiert worden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr wird bei 2 Ja-Stimmen die Überweisung der Vorlage an die BPK vom Rat abgelehnt.

://: Die Überweisung an die FIKO wird mit grossem Mehr gegen 6 Gegenstimmen grossmehrheitlich abgelehnt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2015/222b somit direkt beraten wird.

Stadtrat Franz Kaufmann macht darauf aufmerksam, dass der beantragte Kredit im Entwicklungsplan 2016 - 2020 bereits als Eventualverpflichtung mit einem Betrag von 1,25 Mio. eingestellt ist.

Stadtpräsident Lukas Ott hält fest, dass seit der Genehmigung des QP Rebgarten im Jahre 2010 der Strukturbeitrag von 1,25 Mio. an die öffentlichen Parkplätze im Entwicklungs- und Finanzplan und in den Rechnungen ausgewiesen wurde, was hier im Rat bis anhin auch nie in Frage gestellt wurde. Die Rechnung an die Stadt Liestal wird von den Investoren wohl erst nach Bauabschluss gestellt und somit wird der Strukturbeitrag von CHF 900'000.-- wohl auch erst im Budget 2018 veranschlagt werden. Dieser Beitrag wird sich sicher nachteilig auf den Selbstfinanzierungsgrad auswirken, wobei sich die wohl durchdachte Investition bestimmt mittel- und langfristig rechnen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, dass das Parkplatz-Angebot im Rebgarten-Gebiet wichtig und deshalb wohl auch unbestritten ist. Dank der Rückweisung des Kredites an der Januar-Sitzung und anschliessend erfolgten Nachverhandlungen konnte der Strukturbeitrag immerhin von 1,25 Mio. auf neu TCHF 900 gekürzt werden. Leider hat die Stadt aber keine Mitspracherecht bei der Tarifgestaltung der Parkgebühren, was schlussendlich zur Folge haben könnte, dass die subventionierten Parkplätze nicht oder nur ungenügend genutzt werden, weil es genügend oberirdische und gar noch billigere Parkplätze im Stedtli gibt. Ein diesbezügliches Entgegenwirken der Stadt ist nötig, werden doch die 62 unterirdischen Parkplätze mit rund 1 Mio. Franken an Steuern mitfinanziert. Die Steuerzahler und Fussgänger von Liestal haben nur dann einen Nutzen von diesem Strukturbeitrag, wenn die oberirdischen Parkplätze in der Folge verschwinden und Raum für eine bessere Aufenthaltsqualität geben, wie dies immer wieder versprochen wurde. Die Grünen werden die verschiedenen Seiten bei ihrem Wort nehmen, dass mit dem vorgesehenen Stadtpark Allee die Parkplätze frei werden sollen und darum die neuen Rebgarten-Parkplätze mitfinanziert werden sollen. Die vom Stadtrat bestellte Marktanalyse von Wüst & Partner sagt klar aus, dass nicht mehr Parkplätze erstellt werden müssen, sondern dass das bestehende Angebot verbessert werden soll. Seine Fraktion erwartet, dass mit dem Rebgarten-Parkhaus wenigstens ein Teil der Parkplätze beim nahe gelegenen Zeughaus-Parkplatz gestrichen wird. Mit diesen Vorbehalten wird seine Fraktion der Kreditvorlage zustimmen.

Markus Rudin (SVP) gibt bekannt, dass seine Fraktion bei diesem Geschäft geteilter Meinung ist. Er selbst ist der Ansicht, dass die Rebgarten-Parkplätze in naher Zukunft sehr wertvoll sein werden, betrachtet man die verschiedenen grösseren Bauvorhaben beim Bahnhof und der näheren Umgebung des Rebgarten-Quartiers.

Diego Stoll (SP) orientiert, seine Fraktion unterstütze die stadträtlichen Anträge ebenfalls. Mit Erstaunen und auch mit Freude hat man zur Kenntnis genommen, dass nach der Rückweisung des Geschäfts und den neuen Verhandlungen der Strukturbeitrag doch rund CHF 400'000.-- günstiger geworden ist. Die Parkplätze im dortigen Gebiet sind nötig und sinnvoll. Auch sollte man von der Stadt die Absichtserklärung der Investoren für ein Angebot an zusätzlichen Parkplätzen nutzen. Ein weitere wichtige Aussage in der vorgängig erwähnten Studie von Wüst & Partner ist auch, dass oberirdische und unterirdische Parkplätze nicht ungleich behandelt werden sollten und diesbezügliche Massnahmen sind nach der Fertigstellung des neuen Parkhauses nötig.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, das Geschäft sei in seiner Fraktion nochmals ausgiebig diskutiert worden. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Liestal sind ja nicht so rosig und ein weiterer Schuldenanstieg steht in Kürze bevor. Die BPK wollte ein Mitspracherecht betreffend den Parkplatzgebühren, was der Investor nun aber so nicht akzeptieren will. Hingegen ist der Investor beim Preis für die Parkplätze bzw. dem Strukturbeitrag entgegen gekommen, obwohl die Einkaufspreise der Stadt und auch die Erstellungskosten höher sind als beim Manor-Projekt. Liestal soll aber als Einkaufszentrum eine gute Zukunft haben, doch muss die Erreichbarkeit des Stedtli für alle Verkehrsteilnehmer möglich sein. Im unteren Teil des Stedtli wird es schlussendlich keine Parkplätze mehr haben, da das Ziegelhof-Projekt mit Parkhaus weitere Verzögerungen oder gegebenenfalls überhaupt nicht realisiert wird, auch beim Postareal-Projekt wird es keine grössere Anzahl zusätzlicher Parkplätze geben und so

ist man auf die öffentlichen Parkplätze bei der Rebgarten-Überbauung angewiesen, zumal langfristig auch die oberirdischen Parkplätze aufgehoben werden sollen. Die FDP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, die Mittefraktion habe erfreut und auch mit etwas Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass nach der Rückweisung durch den Rat nun doch Einsparungen von rund CHF 400'000.-- innert kurzer Zeit möglich waren. Die Grünen wünschen mehr unterirdische Parkplätze bzw. die Aufhebung oberirdischer Parkplätze, von rechter Seite wird massiver Widerstand betreffend dem Abbau von oberirdischen Parkplätzen kommen. Ein realistisches Szenario könnte es sein, dass das neue Parkhaus Rebgarten leer ist und die oberirdischen Parkplätze immer noch bestehen. Schlussendlich könnte es zudem gar zu einem autofreien Stedtli kommen, wozu nicht nur die hängige Motion, sondern auch der heutige Entscheid für einen Parkhaus-Strukturbeitrag in Millionenhöhe ein wichtiger Meilenstein-Entscheid sein dürften. Die Realisierung von öffentlichen Parkplätzen im Parkhaus Rebgarten macht nur dann Sinn, wenn der Verkehr auch in die Parkhäuser verlagert werden kann, wie dies auch in der Studie von Wüst & Partner festgehalten wird, doch dazu ist eine Mehrheit hier im Rat noch nicht bereit. Die Mittefraktion findet es deshalb gefährlich, wenn man mehr Parkplätze schafft, sich sonst aber nichts ändern wird. Der Standort Rebgarten für öffentliche Parkplätze ist sicher ideal und der Strukturbeitrag von CHF 15'000.-- pro Parkplatz sicher ein Schnäppchen. Schliesslich kaufen wir im Laden ja auch nicht 2 Kg Gehacktes, nur weil es in Aktion ist, um schlussendlich dann die Hälfte in den Kübel zu schmeissen. Seine Fraktion wird in der jetzigen Situation und bei all diesen Unklarheiten dem beantragten Kredit nicht zustimmen.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf die im Bericht von Wüst & Partner gemachten Aussagen betreffend den Parkplatzfragen und stellt fest, dass er die diesbezüglichen stadträtlichen Aussagen und Stossrichtungen doch etwas stärker gewichtet, zumal die Erhebungen von Wüst & Partner zum Teil vor über 7 Jahren gemacht wurden und nicht mehr den heutigen Tatsachen entsprechen dürften. Auch das Szenario des Vorredners mit einem leer stehenden Parkhaus Rebgarten ist vermutlich schon unrealistisch, denn selbst die Investoren dürften an leeren Parkplätzen nicht interessiert sein und Massnahmen ergreifen. Auch bei einem solchen Szenario dürfte dann der Markt wieder spielen.

Gerhard Schaefroth (CVP/EVP/GLP) verweist auf die im Entwicklungsplan ausgewiesenen Kennzahlen, die prognostizierten Verluste in den nächsten 3 Jahren sowie Schuldenzunahme in kurzer Zeit. Die finanziellen Probleme von Liestal sind noch nicht so schlimm wie diejenigen des Kantons und die Frage, wo das Geld für die Parkplatzfinanzierung herkommen wird, ist nach wie vor unbeantwortet. Der Parkplatzfonds ist für das Bücheli-Parkhaus geplündert worden und dieses ist meist leer. Es gibt im unteren Stedtli-Bereich durchaus genügend Parkplätze, so beispielsweise im Parkhaus der Kantonalbank sowie im Stadtmärt, doch auch diese sind meist schwach belegt bzw. nicht ausgelastet. Nun sollen beim Rebgarten-Projekt wieder Steuergelder von rund 1 Mio. Franken verwendet werden, was dann Einsparungen im Sozialbereich usw. oder gar Steuererhöhungen zur Folge haben dürfte. Die Mittefraktion wird sich deswegen gegen den beantragten Kredit aussprechen.

Daniel Spinnler (FDP) findet ja all die Szenarien der Vorredner interessant, doch bekundet er Mühe mit der teilweisen Angstmacherei im grösseren Ausmass. Bewahrheiten dürfte sich letztlich nämlich die Tatsache, dass die Autofahrer selbst entscheiden, wo sie durchfahren und ihr Auto parkieren. Und dass es in den Parkhäusern der Kantonalbank und dem Stadtmärt genügend freie Parkplätze geben soll, könnte ja damit zusammenhängen, dass diese zu weit vom Stedtli bzw. den Einkaufsgeschäften entfernt sind. Und so frage er sich auch, weshalb denn all die finanzpolitischen Diskussionen nicht an den letzten drei FIKO-Sitzungen im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2016-2020 geführt wurden. Beim vorliegenden Geschäft muss ein strategischer Entscheid gefällt werden, denn dieser kann später nicht mehr gefällt oder korrigiert werden. Und wie beim Hackfleisch-Einkaufen sollte man auch im vorliegenden Fall einmalige und günstige Gelegenheiten am Schopf backen.

Stadtpräsident Lukas Ott findet die Äusserungen von Gerhard Schafroth bzw. die angestellten Vergleiche des Kantons mit der Stadt Liestal unstatthaft, denn der Kanton musste in den letzten Jahren drei Sparpakete lancieren und die Stadt Liestal schrieb in diesem ganzen Zeitraum immer schwarze Zahlen. Er möchte von einer Panikmacherei und einem Abwürgen der Vorwärtsstrategie Liestals warnen. Liestal befindet sich wegen verschiedenen Faktoren aktuell in einer etwas angespannten Phase, ist aber nach wie vor handlungsfähig. Für die städtebauliche Entwicklung soll im Bereich der Allee eine Aufwertung erzielt werden und zu diesem Zweck werden auch die dortigen oberirdischen Parkplätze wegfallen. Das Angebot und die Nutzung von Parkplätzen im naheliegenden Parkhaus Rebgarten ist einmalig, weshalb diese Chance auch genutzt werden sollte.

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die verschiedenen Voten und stellt fest, dass sich bei einer allfälligen Nicht-Realisierung geplanter Parkplätze automatisch auch die Fragen betreffend deren Bewirtschaftung wegfallen würden. Bei einer Ablehnung des Kredites durch den Rat besteht schon ein Risiko, dass die Investoren das Parkhaus um ein Geschoss kürzen würden. Betreffend der erwähnten mangelnden Belegung bei bestehenden Parkhäusern habe er eine andere Wahrnehmung. Im Herbst werden mit der Kantenverlängerung beim Wasserturmplatz sieben Parkplätze wegfallen, bei der Meyer-Wiggli-Strasse werden Parkplätze aufgehoben und im Zusammenhang mit der Arealentwicklung rund um die Post sowie Allee wurde die Vorgabe an die Wettbewerbsteilnehmer gemacht, dass die Allee von öffentlichen Parkplätzen befreit wird und für diese unterirdisch Ersatz geschaffen werden muss. Logischerweise befürworten auch die Parkhaus-Betreiber die Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen, auf welchen zum Teil gar noch eine Stunde gratis parkiert werden darf. Beim heutigen Entscheid geht es doch um die Grundsatzfrage, ob man im Bereich Rebgarten unterirdische öffentliche Parkplätze schaffen möchte oder nicht.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf die Sprecher der Mittefraktion und stellt fest, dass in der Realität aktuell rund 30 Quartierpläne geplant und/oder umgesetzt werden. Die Notwendigkeit von Parkplätzen in der Stadtnähe und in bester Lage ist für Liestal als Einkaufszentrum wohl unbestritten. Will man an der langfristigen Strategie festhalten, so muss man dem Kreditbegehren zustimmen.

Stadträtin Regula Nebiker meint, auch beim Projekt „Zukunft Frenkentäler“ spielt Liestal als Zentrumsgemeinde der Region eine wichtige Rolle und so sollte Liestal doch auch über genügend Parkplätze für auswärtige Besucher anbieten können.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) betont, dass Liestal grundsätzlich nicht das Problem wegen fehlenden Parkplätzen hat, sondern über ein Parkleitsystem verfügen sollte, welches eine bessere Bewirtschaftung der bestehenden Parkplätze ermöglicht.

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, dass Einkaufszentren mit Gratisparkplätzen ganz klar gegenüber denjenigen Anbietern bevorteilt sind, die solche nicht anbieten können. Und wenn ein solches Angebot nicht möglich ist, so sollten die Parkgebühren zumindest moderat sein. Die Realisierung von zusätzlichen Parkplätzen bei der Rebgarten-Überbauung macht Sinn und doch müsste künftig der Parkplatzbewirtschaftung in Liestal die vermehrte Beachtung geschenkt werden.

Patrick Mundschin (CVP/EVP/GLP) sagt, dass der Weg zum Parkhaus „Stadtmärt“ nur gerade etwa 40 Meter länger ist als zum Rebgarten-Parkhaus. Entscheidend bezüglich deren Belegung wird aber schlussendlich sein, wie gut oder wie schlecht diese beworben werden bzw. ob es Parkleitsystem gibt oder nicht. Die laufenden Änderungen dürften auch Verkehrsprognosen für die nächsten 15 Jahre nicht einfacher machen. Das Geld sollte deshalb lieber in ein Parkleitsystem als in Parkplätze investiert werden. Die Attraktivität von Liestal als Einkaufszentrum dürfte auch nicht alleine vom Parkplatzangebot abhängig sein.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Gemäss stadträtlichem Antrag genehmigt der Rat mit 26 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einen Strukturbeitrag von CHF 15'000.-- (zuzüglich Mehrwertsteuer) pro zusätzlichen öffentlichen Parkplatz, maximal CHF 900'000.-- (zuzüglich Mehrwertsteuer) an die Bauherrschaft des Quartierplans Rebgarten.

347 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Ferienbetreuung - Interpellation zur Ferienbetreuung von Walter Leimgruber und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion (Nr. 2015/218)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Walter Leimgruber
Dominique Meschberger
namens der SP-Fraktion

Interpellation zur Ferienbetreuung

Im Angebot der Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und der Primarschulen der Stadt Liestal gibt es eine Lücke in den Schulferien. Diese wird seit 2013 durch den privaten Verein Ferienbetreuungsinitiative gefüllt.

Unsere Fragen an den Stadtrat

1. *Wie arbeitet der Bereich Bildung mit dem Verein Ferienbetreuungsinitiative zusammen? Welche Haltung hat der Stadtrat zum Ferienbetreuungsangebot für Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und der Primarschulen?*
2. *Besteht zwischen der Stadt Liestal und dem Verein Betreuungsinitiative ein Leistungsvertrag?*
3. *Welche Leistungen erbringt die Stadt für die Ferienbetreuung betreffend*
 - a. *Infrastruktur zur Verfügung stellen*
 - b. *Personaleinsatz*
 - c. *Finanzielle Unterstützung*
 - d. *Kommunikation an die Eltern*
4. *Wieviele Kinder wurden im Jahr 2015 betreut?*
5. *War das Angebot ausreichend oder mussten Kinder abgewiesen werden?*
6. *Ist dem Stadtrat bekannt, ob Kinder aus finanziellen Gründen das Angebot der Ferienbetreuung nicht nutzen konnten?*

Liestal, 15.11.2015

Stadtrat Daniel Muri beantwortet die Fragen der Interpellanten wie folgt:

Zur Frage 1: Die Zusammenarbeit ist gut und es finden regelmässig Besprechungen zum Austausch, zu Absprachen und zur Koordination statt.

Zur Frage 2: Der Stadtrat unterstützt das Ferienbetreuungsangebot und hat mit dem Verein Ferienbetreuungsinitiative, kurz FBI, eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, welche alle zwei Jahre zu erneuern ist. Der Verein erhält einen jährlichen Beitrag von CHF 15'000.--.

Zur Frage 3a: Im Frühsommer 2015 wurde vom Stadtrat der Entscheid gefällt, dass der Pavillon beim Rotackerschulhaus bestehen bleibt und von der FBI genutzt werden kann.

Zur Frage 3b: Einige Personen sind bei der Stadt für die Tagesbetreuung angestellt, wobei für die Entlöhnung während den Ferien die FBI zuständig ist.

Zur Frage 3c: Gemäss Leistungsvereinbarung wird ein jährlicher Beitrag von CHF 15'000.-- an die FBI entrichtet und die Infrastruktur kostenlos zur Verfügung gestellt.

Zur Frage 3d: Eine Unterstützung erfolgt dadurch, dass in der Schule Unterlagen der FBI verteilt werden und über das Ferienbetreuungsangebot an Elternabenden auch informiert wird.

Zur Frage 4: Im Jahr 2015 sind total 460 Betreuungsplätze angeboten wurden, was einer Zunahme von rund 25 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Zur Frage 5: Aus Platz- und finanziellen Gründen konnten bis anhin maximal 14 Kinder pro Tag aufgenommen, wobei diese Zahl je nach Alter der Kinder usw. wegen der Betreuung durch die FBI schwanken können. Die Nachfrage ist unterschiedlich und teilweise konnten auch nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden.

Zur Frage 6: Der Vereinsvorstand setzt sich sehr dafür ein, dass alle Kinder das Ferienbetreuungs-Angebot nutzen können. Gegebenenfalls kontaktiert der FBI-Vorstand den Sozialdienst der Stadt, um die Finanzierung regeln zu können. Wenn dies nicht möglich ist, springt der Verein FBI im Rahmen seiner Möglichkeiten ein.

Walter Leimgruber (SP) dankt als Interpellant für die präzisen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Walter Leimgruber (SP) begründet die Einreichung seines Vorstosses damit, dass er von einer Mutter darauf angesprochen wurde, weil die FBI anfänglich immer wieder gezügelt hatte, doch dieses Problem hat sich ja zwischenzeitlich mit dem Pavillon beim Rotacker auch gelöst. Der Vereinsvorstand leistet gute und professionelle Arbeit und es wäre schön, wenn man auf der Liestal-Homepage einen Link zu FBI einrichten könnte. Die Stadt ist sich der Wichtigkeit des FBI-Angebotes bewusst und eine Angebotserweiterung macht Sinn, da man doch auch schon interessierte Kinder aus Kapazitätsgründen abweisen musste. Vermutlich müsste man sich betreffend den verschiedenen Ferienbetreuungen auch ein Gesamtbild sowie Gedanken betreffend einer Objekt- oder Subjektfinanzierung machen.

Vreni Baumgartner (GL) sagt, sie finde das FBI-Angebot ebenfalls wichtig und die Unterstützung durch die Stadt ist erfreulich. Eine Vernetzung der verschiedenen Ferienangebote macht durchaus Sinn.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/218.

348 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Integrationsförderung - Bericht Stadtrat zum Postulat betreffend Integrationsförderung von Anna Ott und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion (Nr. 2014/159)

Lisette Kaufmann (GL) hält als Postulantin fest, dass sie sich für die stadträtliche Berichterstattung bedanke und mit Interesse davon Kenntnis genommen habe, dass vom Stadtrat und der Verwaltung ein Strategiepapier zum Thema Integration ausgearbeitet wurde. Allerdings möchte man das Postulat noch nicht abschreiben. Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, welcher nur funktionieren kann, wenn alle Gesellschaftsmitglieder ihren Beitrag leisten. Die Stadt Liestal muss diesen Prozess fördern und unterstützen. Die vorhandenen Angebote werden anscheinend gut besucht. Unklar ist hingegen, welche Menschen heute von diesen Angeboten nicht, nicht mehr oder zu wenig erreicht werden. Mit dem Postulat wurde die stadträtliche Prüfung verlangt, wie bestehende Integrationsangebote gezielt mit mobilen Angeboten in den Quartieren angeboten werden könnten. Der Postulatsforderung ist man nur teilweise nachgekommen. Weshalb wurde nicht in den Quartieren nachgeforscht, ob denn bestimmte Bedürfnisse wie Deutschunterricht usw. vorhanden sind oder nicht? Solche Abklärungen hätten in allen Quartieren getroffen werden sollen. Klar liegt der Fokus der Integrationsarbeit auf dem Fraumattquartier, denn der Vorstoss ist ja auch aufgrund der Schliessung des Quartierzentrums Fraumatt entstanden.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, die SVP-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass in Liestal sehr viel zur Integrationsförderung gemacht wird. Leider werden auch Angebote mangels Interesse nicht oder nur ungenügend genutzt. Aber auch in diesem Zusammenhang gibt es Hol- und auch Bringschulden. Eine Integration ist auch in Liestal möglich, wenn die Betroffenen dies wirklich wünschen und wollen. Die Angebote der Stadt genügen, die Antworten zufriedenstellend und so wird man auch der Postulatsabschreibung zustimmen.

Patrick Mägli (SP) legt dar, dass auch seine Fraktion davon Kenntnis genommen habe, dass betreffend der Jugendarbeit im Fraumattquartier gewisse Massnahmen getroffen wurden und diese Anlässe gut besucht werden. All diese Massnahmen sind aber sehr punktuell und einen Treffpunkt für die Quartierbewohner gibt es auch im Fraumattquartier nicht mehr und das Oskar-Bider-Quartier mit einer ähnlichen Bevölkerungsstruktur wird gar nicht erwähnt. Die Integration von Migranten und insbesondere von hier aufwachsenden Kindern ist eine der grössten Herausforderungen in den nächsten Jahren, was auch etwas kosten wird. Und wenn heute keine Massnahmen getroffen werden, so würden die Folgeprobleme einfach der nächsten Generation überlassen. Die Integrationsangebote in den beiden vorgängig erwähnten Quartieren genügen nicht. Die SP-Fraktion ist mit der Postulatsbeantwortung nicht zufrieden, wird aber der Postulatsabschreibung zustimmen, damit der Weg für neue Ideen wieder offen ist.

Bruno Imsand (FDP) sagt, die FDP-Fraktion spreche sich für eine Abschreibung des Postulates aus. An der letzten Ratssitzung ist ja das Strategiepapier betreffend dem Jugendleitbild an die SBK zur Vorberatung überwiesen worden. Viele Forderungen des Postulates sind im erwähnten Strategiepapier enthalten und so wenig wird in Liestal auch nicht gemacht, wie dies vorgängig teilweise behauptet wurde. Der Rat möchte doch nun den Kommissionsbericht der SBK abwarten und an der heutigen Sitzung der Postulatsabschreibung zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) führt aus, sie könne sich den Aussagen ihres Vorredners absolut anschliessen. Die stadträtlichen Antworten sind vorwiegend auf männliche Jugendliche und Mütter mit Kleinkindern ausgerichtet und diese beiden Gruppierungen können grundsätzlich sehr einfach erreicht werden. Bei weiteren Gruppierungen wird es dann schon schwieriger, weil diese nicht in Massen vorhanden sind. Auch sie ist gespannt auf den Kommissionsbericht der SBK und ist ebenfalls der Meinung, dass in Liestal doch einiges zur Inte-

grationsförderung getan wird, wobei es diesbezüglich auch in Zukunft noch einiges zu tun geben wird. Die Mittefraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Stadträtin Marion Schafroth meint, auch der Stadtrat hoffe sehr, dass das Postulat antragsgemäss abgeschrieben wird, denn der Stadtrat wird sich so oder so der Daueraufgabe für die Integrationsförderung annehmen. In der Postulatsbeantwortung ist man schwergewichtig auf das Quartierzentrum Fraumatt eingegangen, nachdem dieses geschlossen wurde. Auf das Thema wird im Strategiepapier Integration etwas ausführlicher und allgemeiner eingegangen. Verschiedene Aussagen an der heutigen Sitzung könnten als Forderungen für ein „Wohlfühlpaket für alle“ interpretiert werden, doch dies ist schon alleine wegen den fehlenden finanziellen Mitteln nicht möglich. Vom Stadtrat werden die Prioritäten dort gesetzt, wo es auch am meisten brennt und dies sind halt nun die beiden Gruppierungen, wie sie von der Sprecherin der Mittefraktion erwähnt wurden. Und betreffend den Forderungen nach der Schliessung des Quartierzentrums Fraumatt möchte sie nochmals darauf aufmerksam machen, dass die Schliessung vom Rat im Konsens beschlossen wurde, da Kosten und Nutzen bei diesem teuren Pilotversucht halt wirklich nicht gestimmt hatten. Und sollte der Rat an der heutigen Sitzung der Abschreibung des Postulates Nr. 2014/159 nicht zustimmen, so würden sich spätere stadträtliche Berichte inhaltlich nicht zur heute vorliegenden Stellungnahme wesentlich ändern.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2014/159a.

://: Das Postulat Nr. 2014/159 wird mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

349 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Schliessung A22 - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Definitive Schliessung der A22 im Bereich Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/224)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass die Interpellation wunschgemäss vom Stadtrat schriftlich beantwortet wurde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für den schriftlichen Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2015/224a und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellant, dass das Geschäft in verschiedenen Vorstössen und auch Medienberichten bereits thematisiert wurde. Die stadträtlichen Antworten zu seiner Interpellation sind überzeugend und er wünscht sich, dass sich der Stadtrat auch weiterhin mit den möglichen Eventualitäten bei einer Schliessung und/oder Sanierung der A22 befasst, denn solche Ereignisse dürften ganze wesentliche Auswirkungen für Liestal haben.

Werner Fischer (FDP) sagt, dass der Stadtrat nun den Kanton in die Pflicht nehmen und mit diesem eine konstruktive Problemlösung angehen sollte. Auch ist es schade, dass man viel Geld für Notfallmassnahmen und Zwischenlösungen ausgibt, wurde doch bereits ein Planungskredit von 8,5 Mio. Franken für eine Totalsanierung der Strasse durch den Landrat bewilligt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die Landratsvorlage im Zusammenhang mit dem erwähnten Planungskredit und meint, dass zur Problemlösung nun für viel Geld Leitplanken montiert werden soll. Die Strasse wird dadurch sehr viel enger und dürfte zu einem höheren Unfallrisiko und Ausweichverkehr führen. Der Stadtrat soll Einfluss nehmen, dass die Strasse funktionsfähig bleibt und beispielsweise nicht aus Sicherheitsgründen nur mit 30 Km/h befahren werden kann.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert, dass der Vorstoss für den Stadtrat als Denkmodell durchaus wertvoll war. Wichtig ist, dass die Umfahrungsstrasse offen bleibt und so kommt eine absichtliche oder willentliche Strassensperrung für den Stadtrat überhaupt nicht in Frage. Auch ist es wichtig, dass die Strasse funktionstüchtig bleibt und mit der Gesamtsanierung soll ja ca. 2019 begonnen werden. Die Stadt ist in der politischen Begleitgruppe des Kantons vertreten. Auch ist man für die in Erwägung gezogene Sperrung der Strasse für die Lastwagen und das Notfallszenario gewappnet.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/224.

350 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Zentrum Nord - Postulat von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Anbindung „Liestal Zentrum Nord“ ans Stedtli (Nr. 2015/225)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat: Anbindung „Liestal Zentrum Nord“ ans Stedtli

Nun herrscht also Klarheit beim Ziegelhof: Erfreulicherweise soll das Areal keine Brache bleiben, sondern mit attraktiven Zwischennutzungen wieder belebt werden. Als nächstes werden an einer sog. „Zukunftskonferenz“ Ideen, Vorstellungen und Bedürfnisse von Behörden, Nachbarn, Geschäften etc. abgefragt. Die Resultate der Konferenz dienen als Basis für die zu planende Umnutzung. Der kreative Prozess ist somit aufgegleist.

Im vorliegenden Postulat wird der Fokus dementsprechend nicht auf die Zwischennutzungen gelegt – hier gilt es nun mal den weiteren Prozess abzuwarten –, sondern auf die Frage der Durchlässigkeit des neuen Geländes. Dem Ziegelhofareal kommt nämlich zweifellos eine eminent wichtige Verbindungsfunktion zwischen dem Stedtli und dem neu entstehenden Quartier „Liestal Zentrum Nord“ zu. Nicht zuletzt war der direkte Zugang zum Zeughausplatz ein wesentliches Element der ursprünglichen, zonenrechtlich an sich nach wie vor gültigen Quartierplanung.

Vor diesem Hintergrund wird der Stadtrat eingeladen:

- *an der Zukunftskonferenz und im weiteren Prozess das Bedürfnis der Stadt Liestal nach einer optimalen Anbindung des Quartiers „Liestal Zentrum Nord“ ans Stedtli einzubringen;*
- *generell zu prüfen und zu berichten, mit welchen Massnahmen obige Zielsetzung binnen nützlicher Frist auch nach der Neuausrichtung beim Ziegelhof erreicht werden kann.*

Diego Stoll, SP-Fraktion

Liestal, im Dezember 2015

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen. Auch möchte er den Ratsmitgliedern die Teilnahme an der Zukunftskonferenz vom 22./23. April 2016 empfehlen.

Diego Stoll (SP) hält als Postulant fest, dass der Quartierplan Ziegelhof ein wichtiger Teil für die Entwicklung Liestals ist. Unbestritten war die Anbindung von Zentrum Nord ans Stedtli nie und dies sollte bei der Neuausrichtung beim Ziegelhof-Projekt mitberücksichtigt werden.

Werner Fischer (FDP) erklärt, seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen, denn es müssen schnell Lösungen gefunden werden, denn es wird bereits von einer Zwischennutzung bei den Räumlichkeiten von einer zweijährigen Dauer gesprochen. Relativ schnell sollte aber beispielsweise der Zugang zum Zeughausplatz realisiert werden, denn damit dürfte auch die Rathausstrasse zusätzlich belebt werden, wie man dies auch nach dem Manor-Projekt feststellen durfte.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) informiert, auch seine Fraktion wird die Überweisung des Postulates an den Stadtrat unterstützen. Ein neuer kürzerer Zugang zum Zeughausplatz macht durchaus Sinn. Mit der Postulatsüberweisung wird der Rat die Sichtweise des Stadtrates spätestens bei der schriftlichen Beantwortung erfahren, was dann hier im Rat auch diskutiert werden kann.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion sei nach wie vor enttäuscht, dass das Projekt für den Coop-Einkaufscenter im Ziegelhofareal gescheitert ist. Auch ist nach wie vor nicht erkennbar, dass der Stabhof eine Aufwertung erfahren soll. Die Anbindung von Zentrum Nord ist wichtig und man ist dem Postulanten für den eingereichten Vorstoss dankbar.

Stadtrat Franz Kaufmann legt dar, dass seit dem Eigentümerwechsel des Ziegelhof-Areals kaum ein halbes Jahr vergangen ist. Coop plant mit Hochdruck am Stabhof-Projekt und der Ladenumbau soll 2017 erfolgen. Während der zweijährigen Ziegelhof-Zwischennutzung soll die Planung in Angriff genommen und definitive Lösungen angestrebt werden. Es wird wohl aber nicht möglich sein, dass in dieser Zeitspanne irgendwelche Durchbrüche in die Altstadt umgesetzt werden können.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2015/225 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

351 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Plastikabfälle - Bericht Stadtrat zum Postulat „Plastikabfälle wieder verwerten?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2015/197)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Postulant für die Beantwortung seines Vorstosses. Die Übersicht und Auslegeordnung ist dienlich für die weiteren Abklärungen sowie möglichen Massnahmen. Es ist erkannt worden, dass Plastik ein wertvoller wiederverwertbarer Rohstoff ist und man diesbezüglich am Ball bleiben sollte. Diesbezüglich wird er sich dann als neuer Departementsvorsteher kümmern können.

Peter Küng (SP) führt aus, auch seine Fraktion danke für den Bericht. Die Plastikentsorgung ist zu einem Kampf zwischen Ökologie und Ökonomie geworden. Vom eigenen Geschäft weiss er, dass Plastik rund die Hälfte des Abfalls ausmacht und so wäre auch er froh, wenn er diesen nicht zusammen mit dem Schwarzabfall entsorgen müsste. Die SP-Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Denise Meyer (SVP) bemerkt, die stadträtlichen Anträge werden auch von ihrer Fraktion unterstützt. Die Erfahrungen von Allschwil und Lausen sollten bei den weiteren Entscheiden mitberücksichtigt werden. Gut ist, dass man bereits heute Plastik in grösseren Waren-geschäften und bei privaten Sammelstellen abgeben kann.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bedankt sich namens der Mittefraktion ebenfalls für die interessanten Antworten und den stadträtlichen Bericht. Die Entwicklung in diesem Bereich soll weiter beobachtet und die Erfahrungen von Pilotgemeinden genutzt werden.

Michael Durrer (GL) sagt, der stadträtliche Bericht und das Schreiben des AUE BL vom 20. Januar 2016 zeigen, dass man das Potential von Kunststoffabfällen erkannt hat und die Verwendung sowie Entsorgung recht komplex ist. Ein Zuwarten macht Sinn, damit man zu gegebener Zeit auch von den Erfahrungen der Pilotgemeinden profitieren kann. Eine zeit-nahe Lösung wäre aber auch für Liestal sinnvoll und wünschenswert.

Roman Schmied (SP) hält fest, dass man in Deutschland das System des flächendeckenden gelben Sackes kenne, mit welchen man Kunststoffabfälle entsorgen kann. Vielleicht könnte man auch betreffend diesem Lösungsansatz weitere Abklärungen treffen.

Stadträtin Regula Nebiker sagt, dass die Plastikentsorgung gerade für Gewerbebetriebe in-teressant und lohnenswert sein dürfte, wie dies bereits erwähnt wurde. Sie persönlich finde es besser, dass man solche Abfälle wie bis anhin in der Kehrichtverbrennungsanlage über-bringt, als dass man diese beispielsweise in den Kanton Thurgau transportiert und diese dort in der Zementindustrie verwendet.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2015/197a.

://: Das Postulat Nr. 2015/197 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) meint, er habe ja keinen neuen Vorstoss eingereicht, doch möchte er sich ganz kurz betreffend dem Postulat „Verlauf Einwohnerratsgeschäfte“ (Nr. 2015/183) äussern. Er dankt dafür, dass auf der stadteigenen Homepage Anpassungen vorgenommen wurden und man nun hinter den traktandierten Geschäften der Ratssitzungen auch die zugehörigen Vorlagen sichten und öffnen kann.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann